

Das Wochenmagazin der SPÖ

www.spoe.at



Aktuelle II

Gastkommentar zur EU von BM a.D.
Erwin Lanc

10. April 2009 - Nr. 14



SPÖ-Bundesparteirat

EU-Wahl SPÖ
7. Juni 2009

Für ein soziales Europa

Das zweithöchste Gremium der SPÖ, der Bundesparteirat, hat dem Vorschlag von Präsidium und Vorstand in Bezug auf EU-KandidatInnenliste und Wahlmanifest zugestimmt – damit kann der, wie Wahlkampfleiter Günther Kräuter betont, „spannende“ Wahlkampf mit vollem Engagement eingeleitet werden. Zwar erfolgt der Startschuss zum Intensivwahlkampf erst am 8. Mai. Aber selbstverständlich wird die Sozialdemokratie sich mit ihren SpitzenkandidatInnen und Themen so oft wie möglich positionieren. Denn es geht um viel – es geht am Wahltag, am 7. Juni, um eine Richtungsentscheidung für Europa. Nämlich darum, ob der Kurs der Konservativen, der im internationalen Finanzdesaster und der größten Wirtschaftskrise seit dem Zweiten Weltkrieg gemündet hat, fortgesetzt wird. Oder ob die Sozialdemokratie, für die die Menschen, die ArbeitnehmerInnen zuerst kommen und dann erst der Markt, gestärkt werden soll.

Wir berichten in dieser Ausgabe des „SPÖ Aktuell“ ausführlich über den Bundesparteirat, bringen einen Artikel über die Positionen der fest in der Gewerkschaftsbewegung verwurzelten Zweitplatzierten auf der SPÖ-Liste, Evelyn Regner, und wir beantworten die wichtigsten Fragen zum Wahlmanifest.

Eure Redaktion

Highlights der Woche

Bundesparteirat	4
Für ein Europa der ArbeitnehmerInnen	6
Wahlmanifest	7
Doping	9
Gastkommentar von Erwin Lanc	14

Für ein sozialeres Europa

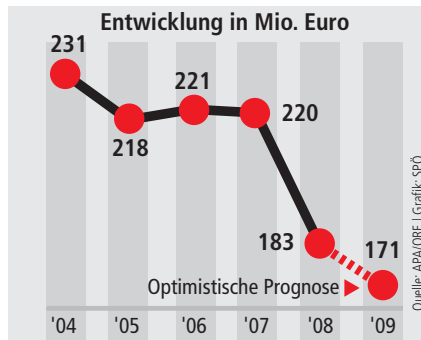


BGF Kräuter mit LGF sowie SPÖ-EU-Spitzenkandidat Swoboda und den MEP Prets und Berger.

Zusammen mit den SPÖ-Landesgeschäftsführern war SPÖ-Bundesgeschäftsführer und EU-Wahlkampfleiter Günther Kräuter letzte Woche zu Besuch in Brüssel. Auf dem Programm standen

ORF-Finanzen

Werbeerlöse sinken



Werbeerlöse des ORF im Keller

Die deutlich nach unten weisende Entwicklung der Werbeerlöse des ORF zeigt einmal mehr, wie wichtig es ist, das von Bundeskanzler Werner Faymann vorgelegte 3-Punkte Programm zur Rettung des ORF umzusetzen. Denn während die Werbeerlöse im Jahr 2004 noch 231 Millionen Euro betrugen, stürzte dieser Wert 2008 auf 183 Millionen ab – und auch die Prognose für 2009 fällt mit 171 Millionen Euro schlecht aus.



Zimmer

SPÖ-Bereichssprecherin für Umwelt und Globale Entwicklung, Petra Bayr

Umweltprobleme führen zu Gesundheitsproblemen

Anlässlich des Weltgesundheitstages am 7. April erinnerte Petra Bayr, SPÖ-Bereichssprecherin für Umwelt und Globale Entwicklung, daran, dass durch die Klimaerwärmung und die Umweltverschmutzungen Gesundheitsprobleme zunehmen werden – vor allem in den Entwicklungsländern. Schon jetzt ist etwa ein Viertel der weltweiten Erkrankungen auf Umweltverschmutzungen zurückzuführen. „Es ist höchst an der Zeit zu erkennen, dass Gesundheit und Umwelt nicht voneinander zu trennen sind.“

Zitat der Woche

„Er ist weise wie eine Eule, fleißig wie eine Biene und sozial-intelligent wie ein Delphin.“

PVÖ-Präsident Karl Blecha beim SPÖ-Bundesparteirat am 3. 4. über SPÖ-Spitzenkandidat Hannes Swoboda

Unis: Keine neuen Zugangsbeschränkungen

Wissenschaftsminister Hahn will – auch unter Zugrundelegung einer fragwürdigen Umfrage – für weitere Studienrichtungen Zugangsbeschränkungen einführen. Das kritisiert nicht nur die ÖH, sondern auch SPÖ-Wissenschaftssprecherin Andrea Kuntzl, die gegen neue Zugangsbeschränkungen ist. Die SPÖ tritt für eine faire und nachvollziehbare Studieneingangs- und Orientierungsphase mit entsprechender Unterstützung für die Studierenden ein. Gar nichts hält Kuntzl davon, mit „zweifelhaften Umfragen Stimmungsmache für flächen-deckende Zugangsbeschränkungen zu betreiben“.



Wilke

SPÖ-Wissenschaftssprecherin Andrea Kuntzl



Eine neue - sozialdemokratische - Weltordnung ist notwendig

Entweder mit der alten Politik des freien Marktes weiter in den Abgrund, oder in eine soziale, gerechte und demokratische Zukunft Europas. Die Wahl zum Europäischen Parlament ist eine Richtungsentscheidung.

Es häufen sich die Fragen, wie die SPÖ ihre Europapolitik anlegen will. Ich verstehe die Frage nicht ganz – wir sind die Einzigen, die glaubwürdige Europapolitik machen. Jene, die jetzt die Gretchenfrage stellen, sind dieselben, die uns noch kritisiert haben, als die SPÖ gefordert hat, dass sich der Staat um sichere Pensionen kümmern muss. Genau so, wie wir nie für den Rückzug des Staates eingetreten sind, treten wir nun für ein soziales Europa ein, was einige Beobachter anscheinend fassungslos macht.

Wir wollen kein Europa der Lobbyisten, der Konzerne und der Bürokratie. Wir haben den Willen, ein Europa der Menschen zu gestalten, in dem die Kommission auch für die Menschen in Europa arbeitet. Wenn wir wissen, dass Milliarden Euro in der EU für Lobbying ausgegeben werden – und davon 70 Prozent im Bereich Industrielobbying – wie kann man dann einfach nur „Ja“ sagen? Wenn wir sehen, dass Finanzmarktregulierungen von jenen selbsternannten ExpertInnen diskutiert werden, die selber aus der profitorientierten und mit dem neoliberalen Virus durchsetzten Finanzindustrie kommen – wie kann man da einfach „Ja und Amen“ sagen?

Wenn wir sehen, dass die EU-Kommission, die eigentlich lediglich verwalten sollte, sich wie ein Parlament oder wie eine Regierung aufführt und Regeln schafft, die für fast eine halbe Milliarde Menschen bindend sind und wenn wir sehen, dass der Kommission diesbezüglich die demokratische Legitimation fehlt – wie kann man da jetzt einfach nur „Ja“ sagen? Ich möchte nicht, dass irgendwelche hochbezahlten Superbeamten verbindliche Regeln für Millionen Menschen machen, ich möchte, dass gewählte Abgeordnete für europäische Gesetze und verbindliche Regeln zuständig sind, so wie es



Die Frage ist, wollen wir SozialdemokratInnen eine neue Weltordnung bestimmen oder wollen wir sie wieder den Konservativen, den Neoliberalen überlassen.

sich in einer Demokratie auch gehört.

Die Menschen sind zu Recht wütend – sie sind ernüchtert von falschen Heilsversprechungen des Neoliberalismus, zornig aufgrund der Folgen, die wir alle gemeinsam auszubaden haben. Wir zahlen für ihre Krise – das alles macht wütend. Zu Recht.

In der Krise gilt es jetzt rasch zu handeln, um die schlimmsten Auswirkungen zu verhindern. Morgen aber werden wir auch auf europäischer Ebene eine neue Weltordnung brauchen. Die Frage, die wir SozialdemokratInnen uns jetzt stellen müssen, ist: Wollen WIR diese neue Weltordnung bestimmen oder wollen wir sie wieder den Konservativen, den Neoliberalen überlassen. Wollen wir uns wieder von ihnen einschüchtern lassen oder sind wir diesmal wachsamer, entschlossener, mutiger?

Wir SozialdemokratInnen haben eine andere Vorstellung davon, wie Politik zu funk-

tionieren hat. Wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten lieben das Friedensprojekt Europa zu sehr, als dass wir es profitgeilen Spekulanten überlassen werden. Die Wahl zum Europäischen Parlament am 7.

„Wir wollen kein Europa der Lobbyisten, der Konzerne und der Bürokratie. Wir haben den Willen, ein Europa der Menschen zu gestalten.“

Juni ist in diesem Sinne eine wirklich wichtige Richtungsentscheidung. Der europäische Friede darf nicht weiter nur der Friede von ein paar wenigen superreichen Profitjongleuren bleiben. Der europäische Friede muss in Zukunft der soziale Friede der Millionen arbeitenden EuropäerInnen sein, die einen starken Staat und eine starke Gesellschaft brauchen. ♦

„Der Mensch kommt

Hannes Swoboda ist beim Bundesparteirat, bei dem die Sozialdemokratie eindrucksvolle EU-Wahlmanifest fand die einhellige Zustimmung der Delegierten.



SPÖ-Spitzenkandidat Hannes Swoboda betonte, dass die Konservativen in Europa für die Finanz- und Wirtschaftskrise verantwortlich sind.



Die Stimmung beim Bundesparteirat spiegelte Optimismus und Einigkeit wider.



Strahlender Sonnenschein begleitete die etwa 200 Delegierten und 150 Gäste den ganzen Tag lang und spiegelte die Stimmung beim Bundesparteirat im Wiener Arsenal wider: Optimismus, Einigkeit und Geschlossenheit wurden ebenso demonstriert, wie der klare

„Wir stehen auf der Seite der ArbeitnehmerInnen.“

SPÖ-Spitzenkandidat Hannes Swoboda

Wunsch, Europa zum Besseren zu verändern. Und das heißt in erster Linie: Eine sozialere, eine ArbeitnehmerInnen-freundlichere EU, die mehr auf die Bedürfnisse der

BürgerInnen eingeht und sich demokratischer präsentiert. „Die SPÖ hat dann große Stärke, wenn sie gemeinsam und glaubwürdig für eine Politik in Europa eintritt, die für die Europäische Union und Österreich in der EU ein klares Ja kennt, aber zu vielen Vorgängen in der EU eine kritische Haltung einnimmt“, betonte SPÖ-Vorsitzender, Bundeskanzler Werner Faymann in seiner Rede. Eine klare Absage an den Neoliberalismus und die Konservativen in Europa, die skrupellosen Spekulanten Tür und Tor öffneten und damit die Finanz- und Wirtschaftskrise ausgelöst haben, erteilte der SPÖ-Spitzenkandidat. Hannes Swoboda verwies auf den Finanzexperten Jack Wells, der jahrelang ShareholderValues gepredigt

habe, und der heute sagt, dies sei die dümmste Idee der Welt. „Und diese Idee haben die Konservativen zum Programm für Europa gemacht. Das darf nicht so weiter gehen!“

Im Gegensatz dazu verlangt die europäische Sozialdemokratie seit Jahren eine effektive Kontrolle von Hedge Fonds und Rating Agenturen. Der SPÖ-Spitzenkandidat erinnerte auch daran, dass ÖVP-Kanzler Schüssel die Menschen dazu angehalten hatte, in Privatpensionen zu investieren, mit dem Argument, dass dies doch viel sicherer wäre. „Und wie viele haben ihr Geld verloren!“ Swoboda vergaß nicht zu erwähnen, dass dieser konservativen Regierung auch der jetzige ÖVP-Spitzenkandidat Ernst

vor dem Markt“

Geschlossenheit zeigte, als Spitzenkandidat für die EU-Wahl bestätigt worden. Auch das



Über die KandidatInnenliste – an der Spitze Swoboda und Regner – wurde an der Wahlurne abgestimmt.



Fotos: SPÖ, Lehmann



Die Reden am Podium und die Gespräche im Parkett setzten sich mit der Notwendigkeit einer sozialeren EU auseinander.



Wahlkampfleiter Günther Kräuter sprach von einer „für die Partei spannenden Wahlaus-einandersetzung“.



Strasser angehört hat. „Für uns kommt der Mensch vor dem Markt. Und das ist das Projekt, das wir umsetzen wollen“, brachte Swoboda den Unterschied zwischen der Sozialdemokratie und den Konservativen auf den Punkt.

Für ein sozialeres Europa auf Seiten der ArbeitnehmerInnen

„Wir müssen für ein soziales Europa der ArbeitnehmerInnen kämpfen. Es braucht Lebensqualität für uns alle“, bekräftigte die Listenzweite, Evelyn Regner, in ihrer Rede. Erforderlich ist daher eine entschlossene Beschäftigungspolitik der Europäischen Union. In diese Kerbe schlug

auch SPÖ-Klubobmann Josef Cap bei der Präsentation des Wahlmanifests. Er erläuterte, dass die Interessen der Menschen, die von ihrer Arbeit leben müssen, im Zentrum des europäischen Handelns zu stehen haben. „Europa darf nicht länger das Europa der Konservativen sein, die den Markt über den Menschen stellen und die Maximierung von Gewinnen als Leitgrundsatz für die Gesellschaft verstehen.“ Und auch PVÖ-Präsident Karl Blecha hielt fest: „Wir wollen ein soziales Europa, sicher und solidarisch, wo die Beschäftigungspolitik an erster Stelle zu stehen hat.“

Es geht um eine Richtungsentscheidung bei dieser EU-Wahl, sind sich alle Anwe-

senden sowohl am Rednerpult als auch im Publikum einig. Für den Wahlkampfleiter, Bundesgeschäftsführer Günther Kräuter, ist dieser Wahlkampf daher eine „faszinieren-

„Mehr Kontrolle, mehr soziale Standards, mehr soziale Sicherheit und mehr soziale Netze.“

SPÖ-Vorsitzender BK Werner Faymann

de Aufgabe und eine ganz große Herausforderung für unsere Partei“. „Und wenn ihr mithelft“, so Hannes Swoboda am Ende seiner Rede zur großen sozialdemokratischen Familie, „werden wir alle am 7. Juni einen großen Erfolg feiern!“ ♦

Für ein Europa der ArbeitnehmerInnen

Mit Evelyn Regner hat die SPÖ eine engagierte Kandidatin, der vor allem die Interessen der arbeitenden Bevölkerung am Herzen liegen.

Die SPÖ hat sich zum Ziel gesetzt, Europa zum Positiven zu verändern. Es soll sozialer werden, die Interessen der Menschen müssen über den Interessen des Marktes stehen. Dass die Anliegen der arbeitenden Bevölkerung oftmals nicht im Vordergrund stehen, zeigt sich angesichts der Wirtschaftskrise. Während abertausende ArbeitnehmerInnen um ihren Job bangen müssen, lassen sich Maßnahmen, die das Desaster mitverursacht ha-

ben, mit hohen Prämien „belohnen“. Die Zweite auf der KandidatInnenliste der SPÖ zur EU-Wahl, Evelyn Regner, will das nicht einfach hinnehmen. Es darf nicht passieren, so Regner, dass „die Arbeitnehmer die Zeche für die Finanzkrise zahlen“. Deshalb hofft sie, dass nach der EU-Wahl am 7. Juni wieder mehr ArbeitnehmervertreterInnen im EU-Parlament sind.

Binnenmarkt darf keinen Vorrang vor sozialen Rechten haben

Der Zugang der Gewerkschaften zur EU ist traditionell ein sehr kritischer, trotzdem sei klar, „ja, wir sind überzeugte EuropäerInnen“, wie Regner unterstreicht, die selbst seit Jahren in der Gewerkschaftsbewegung tätig ist. Die Skepsis der Gewerkschaften ist darauf zurückzuführen, dass der Binnenmarkt in den letzten Jahren Sozial- und Lohndumping mit sich gebracht hat. „Wir wollen daher eine soziale Fortschrittsklausel, die klarstellt, dass der EU-Binnenmarkt keinen Vorrang gegenüber den sozialen Grundrechten hat“, machte Regner bereits bei ihrer Präsentation als FSG-Spitzenkandidatin klar. „Dieses soziale Sicherheitsnetz, verbunden mit genügend guten Arbeitsplätzen, ist der beste Schutz vor Armut.“ In der aktuellen Krise hält sie den Europäischen Globalisierungsfonds für ein gutes Instrument zur Bekämpfung der negativen Folgen, allerdings hält sie die Dotierung von 500 Millionen Euro für viel zu gering. „Das ist in Zeiten,

in denen Banken EU-weit hunderte Milliarden Euro im Schnellverfahren erhalten, nur ein Tropfen auf dem heißen Stein.“

Lebensqualität für Alle

Für Regner geht es vor allem darum, die Instrumente, die die EU zur Verfügung stellt, besser für die Interessen der ArbeitnehmerInnen zu nutzen. Das ist für sie ein zentraler Auftrag an das kommende EU-Parlament. Regner fordert deshalb bessere Standards für die ArbeitnehmerInnen, aber auch im Umweltbereich wäre dies wünschenswert. Insgesamt, stellt Regner fest, „braucht es Lebensqualität für uns alle“. Sie wünscht sich eine EU, „in der wir uns alle wiederfinden“.

„Es soll unser Europa sein, ein soziales Europa. Wir hoffen, dass wir in Zukunft stärker gehört werden.“

SPÖ-Kandidatin zur EU-Wahl, Evelyn Regner

HINTERGRUND

Zwölf Punkte für Europa – die Forderungen der FSG

- » Für ein gerechtes und demokratisches Europa
- » Gute Arbeitsplätze in Europa sichern
- » Für eine gerechte Steuer- und Budgetpolitik
- » Sozialen Dialog und Mitwirkungsrechte der Beschäftigten stärken
- » Ein soziales Europa für alle ArbeitnehmerInnen – für eine verbindliche Absicherung sozialer Grundrechte
- » Für europäische Mindeststandards
- » Armutsbekämpfung
- » Für einen fairen Wettbewerb
- » Maßnahmen gegen Lohn- und Sozialdumping
- » Für ein lebenswertes (nachhaltiges) Europa
- » Für qualitativ hochwertige öffentliche Dienstleistungen
- » Für eine innovative Industriepolitik



Lehmann

Mit Evelyn Regner ist eine starke Stimme für die ArbeitnehmerInnen auf der SPÖ-Liste für die EU-Wahl 2009 prominent vertreten.



WAHLMANIFEST

Abstimmung über das Wahlmanifest beim SPÖ-Bundesparteirat.

Die Zukunft der EU – eine Richtungsentscheidung

Wie kann die Europäische Union zum Besseren verändert werden? Mit dieser und anderen Fragen setzt sich das Wahlmanifest der SPÖ für die EU-Wahl 2009 auseinander.

Häufig wird bezüglich der kommenden EU-Parlamentswahl von einer Richtungsentscheidung gesprochen und das stimmt heuer so sehr, wie nie zuvor. Täglich wird uns eindrucksvoll vor Augen geführt, dass die neoliberale Ideologie grundlegend versagt hat. Eine Trendwende hin zu einem sozial gerechten und demokratischeren Europa ist unerlässlich.

Wie soll der KonsumentInnenchutz besser umgesetzt werden?

Hohe Qualitätsstandards, Transparenz und klare und verständliche Produktkennzeichnung sind Voraussetzung für die Durchsetzung der KonsumentInnenrechte. Unerlässlich ist, dass die KonsumentInnen-schutzbehörden besser zusammenarbeiten und es zu einer europaweiten Harmonisierung des VerbraucherInnenrechts kommt, was aber keine Verschlechterung heimischer Regelungen bedeuten darf.

Welche Rolle soll Europa in der Globalisierung spielen?

Die SozialdemokratInnen wollen die EU zu einem Instrument für eine positive Gestaltung der Globalisierung machen. Dieses Europa steht für partnerschaftliche Entwicklungszusammenarbeit, die Bekämpfung von Armut und Unterentwicklung sowie faire Chancen auf den Weltmärkten.

Wie ist es um die Neutralität Österreichs bestellt?

Aktive Neutralitätspolitik, wie sie Österreich seit Bruno Kreisky vertritt, ist und bleibt das Fundament einer Außenpolitik, von dem aus Europa globales Friedens-

projekt werden kann. Abrüstung und Rüstungskontrolle sind der erste Schritt zum langfristigen Ziel einer europäischen Friedensordnung, die nicht auf Militärbündnissen beruht.

Was können wir für Frauen verbessern?

Die Gleichstellung von Frauen und Männern ist ein Grundprinzip sozialdemokratischer Gesellschaftspolitik. Das Prinzip vom gleichen Lohn für gleich(wertig)e Arbeit gilt weltweit! Es wird weiters die gleichberechtigte Beteiligung von Frauen und Männern in den Institutionen und Gremien der EU sowie in den Führungsetagen der privaten Wirtschaft gefordert.

Wie betrifft mich die EU-Wahl in meiner Gemeinde?

Ein funktionierendes demokratisches und soziales Europa braucht eine Balance zwischen starken Gemeinden, Städten, Regionen und Ländern auf der einen und einer Union, die sich auf jene Aufgaben konzentriert, die von einzelnen Staaten nicht zu lösen sind, auf der anderen Seite. Das heißt: Was zum Beispiel nur Gemeinden betrifft, soll auch dort entschieden werden!

Wird es einen Wandel in der Klima- und Energiepolitik geben?

Wichtigster Punkt im Manifest ist natürlich die Versorgungssicherheit, weil Energie für alle leistbar bleiben muss! Auch sollen künftig Energie- und Umweltpolitik eine Einheit bilden und der Ausbau erneuerbarer Energien gefördert werden. Im Bereich Umwelt sind klare Haftungen und Zuständigkeiten nötig. Zentral ist auch der Schutz

österreichischer Wasserreserven vor internationaler Ausbeutung.

Wie steht es um die europäische Demokratie?

Das Manifest fordert mehr direkte Mitbestimmung, etwa durch Volksbefragungen oder Volksbegehren und eine EU-Grundrechtecharta einschließlich sozialer Grundrechte. Außerdem muss für einen transparenten und sparsamen Umgang mit Steuergeldern gesorgt sein.

Wie soll mehr für Jugendliche getan werden?

Die EU hat zahlreiche Möglichkeiten, endlich für mehr Ausbildungschancen statt erhöhter Jugendarbeitslosigkeit zu sorgen und diese muss sie in Zukunft auch voll ausschöpfen. Außerdem sollen europäische Austauschprogramme für ArbeitnehmerInnen, Lehrlinge, SchülerInnen und Studierende Europa begreif- und erlebbarer machen.

Wie kann eine andere, eine modernere Sicherheitspolitik aussehen?

Einerseits muss die Zusammenarbeit der jeweiligen staatlichen Behörden im Kampf gegen organisierte Kriminalität oder auch Terrorismus ausgebaut werden. Andererseits bleibt das beste Mittel gegen Terrorismus und Kriminalität eine Politik der freundschaftlichen Zusammenarbeit mit wirtschaftlich benachteiligten Regionen der Welt. Die gemeinsame Arbeit der Polizei muss das Grundrecht auf Datenschutz statt unkontrolliertem Zugriff auf alle Daten schützen und berücksichtigen. Für ein Ausschließen demokratischer Grundrechte ist die Sozialdemokratie nicht zu haben. ♦



EU im Sinne der Menschen verändern

Die kommende EU-Wahl wird zur Richtungsentscheidung. Die SPÖ steht dabei für ein Europa der Zukunft für die Menschen.

Für SPÖ-Bundesgeschäftsführer und EU-Wahlkampfleiter Günther Kräuter ist klar, dass Schluss sein muss mit einem Europa des gierigen und ungezügelter Marktes wie es die Konservativen wollen. Denn: „Die EU muss nicht im Sinne der ÖVP verändert werden, sondern die EU muss im Sinne der Menschen verändert werden“, so Kräuter. Deshalb tritt die SPÖ für eine sozialere EU und den Schutz der ArbeitnehmerInneninteressen

„Die SPÖ steht für glaubwürdiges Engagement für die Interessen der Menschen und für den nachhaltigen Schutz vor neuerlichem Spekulationsirrsinn.“

**SPÖ-Bundesgeschäftsführer
Günther Kräuter.**

ein. Genauso klar ist, dass die Arbeitsplätze für die SPÖ absolut im Mittelpunkt



BGF Günther Kräuter leitet den EU-Wahlkampf der SPÖ.

stehen. Ein weiterer inhaltlicher Kernpunkt der SPÖ ist die Veränderung der Finanz- und Wirtschaftspolitik in der EU. Seit jeher ist die SPÖ für strengere Regeln für den Finanzmarkt eingetreten – die Entwicklungen der letzten Zeit hätten die Richtigkeit dieser Forderung bestätigt, so Kräuter, der betont: „Der schonungslosen Abrechnung mit dem neoliberalen Irrweg der Gewinnmaximierung für Wenige auf Kosten der europäischen Bevölkerung muss eine völlige Neuordnung der Finanzmarktpolitik folgen.“ Genau diese zentralen Positionen (soziales und bürgernahes Europa, Kampf um jeden Arbeitsplatz, gerechte Wirtschaftsordnung) sind es, die Kräuter in einem konstruktiven Wahlkampf, der von der SPÖ mit „Herz und Zuversicht“ geführt wird, vermitteln will. ♦

FINANZEN

Ab jetzt wird entlastet!

Seit 1. April ist die große Steuerentlastung der SPÖ-geführten Bundesregierung in Kraft. Diese gilt rückwirkend mit 1.1.2009.



SPÖ-Budgetsprecher Jan Krainer freut sich über die große Steuerentlastung.

Endlich ist sie da: die große Entlastung kleiner und mittlerer Einkommen der von Bundeskanzler Werner Faymann geführten Regierung. 88 Prozent des Gesamtentlastungsvolumens fließen den Einkommensschichten unter 4.000 Euro zu. Vor allem Familien sowie mittlere und kleine Einkommen sind die großen Profiteure der Steuerentlastung. 1,8 Milliarden der insgesamt 3,2 Milliarden Euro laufen direkt in den Konsum. Das ist ein wichtiger, natürlicher Stabilisator der Konjunktur. Diese kräftige Stärkung des Mittelstandes stützt die Konjunktur, kurbelt die Nachfrage an und sichert somit den sozialen Frieden in

Österreich. Die große Steuerentlastung sei überdies ein wichtiger Impuls für Wachstum und Beschäftigung in Österreich, sind sich SPÖ-Wirtschaftssprecher und Vorsitzender des sozialdemokratischen Wirtschaftsverbandes Christoph Matznetter und SPÖ-Budgetsprecher Jan Krainer einig.

Matznetter und Krainer freuen sich auch, dass die ÖVP sich überreden ließ, eine Steuerentlastung noch vor 2010 durchzuziehen. Wer hätte das vor einem halben Jahr gedacht, denn noch im Oktober 2008 ließ ÖVP-Chef und Finanzminister Josef Pröll die Medien wissen, vor 2010 keine Entlastung beschließen zu wollen. ♦

SPORT

Kampf dem Doping

Nach der Verschärfung des Anti-Doping-Gesetzes letztes Jahr fordert Sportminister Norbert Darabos weitere verschärfte Regelungen und bessere Zusammenarbeit zwischen den Behörden.



Fotolia

„Die aktuellen Fahndungserfolge in Sachen Doping sind auf das von der SPÖ-initiierte Anti-Doping-Gesetz zurückzuführen.“

**SPÖ-Konsumentenschutzsprecher
Johann Maier**

Doping ist kein Kavaliersdelikt, daher braucht es noch mehr Möglichkeiten, um die Netzwerke zu zerschlagen.

Die Ereignisse in Sachen Doping überschlugen sich in den letzten Wochen förmlich. Nach und nach sprechen AthletInnen über Doping und die Hintermänner in der Szene. Für SPÖ-Konsumentenschutzsprecher Johann Maier ein klarer Erfolg des neuen Anti-Doping-Gesetzes vom August 2008: „Die durch einen

Abänderungsantrag der SPÖ-Abgeordneten verschärften Strafbestimmungen haben sich bereits bewährt.“ In den Jahren zuvor, so Maier, gab es den Eindruck, „die Delikte werden nicht Ernst genommen und nach dem Arzneimittelgesetz von Staatsanwaltschaft und Polizei nicht verfolgt“. Sportminister Norbert Darabos fühlt sich in

seiner Initiative für ein härteres Dopinggesetz durch die Vorfälle bestätigt. So will der Minister künftig auch gedopte SportlerInnen strafrechtlich verfolgen lassen, nicht nur jene, die mit Doping handeln. Für AthletInnen, die Informationen über LieferantInnen preisgeben, will der Sportminister eine KronzeugInnenregelung einrichten, wodurch er an die Hintermänner der Dopingsszene herankommen will. Zustimmung bekommt Darabos vom Leiter der Antidopingagentur Gernot Schaar. Dieser fordert zudem bessere Zusammenarbeit mit den Behörden, denn derzeit kann die NADA keine Verfahren wegen Verstößen gegen das Anti-Doping-Verfahren einleiten, da die NADA als Verein geführt wird und damit keine Akteneinsicht hat. Darabos will auch hier tätig werden und der Forderung Schaars nachkommen. ♦

INTERVIEW



Dopinghandel ist für Darabos ähnlich zu behandeln wie Drogenhandel.

Warum haben Sie sich dem Kampf gegen Doping verschrieben?

Österreich hat sich in den letzten Jahren den Ruf erworben, dass Doping hier salonfähig gemacht wurde und es bei uns Netzwerke gibt. Diese möchte ich zerschlagen. SportlerInnen sind Vorbilder für unsere Kinder. Wir müssen daher, auch um die sauberen SportlerInnen zu schüt-

zen, mit aller Härte gegen Doping vorgehen.

Was werden die nächsten Schritte sein?

Ich möchte das Anti-Doping-Gesetz weiter verschärfen. Dazu wurde vor kurzem eine interministerielle Anti-Doping-Gruppe einberufen, in der mein Vorschlag diskutiert wurde. Und am 15. April tagt im Parlament ein Unterausschuss zu diesem Thema.

Wie sieht Ihr Gesetzesvorschlag aus?

Das Gesetz soll dahingehend verschärft werden, dass künftig auch die gedopten SportlerInnen strafrechtlich verfolgt werden sollen, so es sich

um Blutdoping, Gen-Doping oder Wachstumshormone handelt. Bisher wurde nur der Dopinghandel bestraft.

Warum sollen nun auch die SportlerInnen bestraft werden?

Erstens möchte ich mit der Strafandrohung vor allem an die Hintermänner der Dopingnetzwerke herankommen. Daher ist auch eine KronzeugInnenregelung geplant. Zweitens setzen sich Dopingsünder bewusst dem Doping aus und betrügen damit. Ich stelle mich mit meinem neuen Gesetzesvorschlag hinter die ehrlichen SportlerInnen Österreichs.

BILDUNG

Schulreformen müssen weitergehen

Statt Drohgebärden und Reformverweigerung brauchen unsere Kinder die Fortsetzung der von Bildungsministerin Claudia Schmied gestarteten Schulreformen.



Bildungsministerin Claudia Schmied: „Die Österreicherinnen und Österreicher haben für Drohgebärden auf dem Rücken der Kinder kein Verständnis.“

Nach vier im konstruktiven Klima geführten Verhandlungsrunden scheinen die Spitzen der LehrervertreterInnen nun plötzlich auf Kampf-

ger Gewerkschaftsfunktionäre“ an ihrem Ziel fest: Sie will in Verhandlungen zu einer einvernehmlichen Lösung mit den LehrervertreterInnen kommen. Und sie zeigt sich

Bilderbox

„Ich brauche jede Lehrerin und jeden Lehrer für die Schule der Zukunft, daher kann ich jeder Lehrerin und jedem Lehrer eine Beschäftigungsgarantie aussprechen.“

Bildungsministerin Claudia Schmied

maßnahmen zu setzen. So sprachen sie zuletzt von einer „Politik der Nadelstiche“ – und sogar der so wichtige PISA-Test soll boykottiert werden. Ministerin Schmied hält „trotz dieser Provokationen von Seiten eini-

auch kompromissbereit – hat sie doch schon mehr Angebote (z.B. Befristung der Strukturmaßnahmen, Ergänzung um verbesserte Arbeitsbedingungen, Arbeitsplatzgarantie für LehrerInnen) vorgelegt. Eines ist für Schmied allerdings unabdingbar: „Die Bildungsreform muss weitergehen. Wichtige Maßnahmen wie kleinere Klassen und mehr Sprachförderung müssen im Interesse unserer Kinder weitergeführt werden.“ Den geplanten Boykott der PISA-Studie wertet Schmied wegen dann fehlender Vergleichsmöglichkeiten mit anderen Ländern als „schweren Schlag gegen alle Bemühungen, das österreichische Schulsystem langfristig zu verbessern“. Genau das aber braucht es für eine bessere Zukunft unserer Kinder. ♦

KONSUMENTINNEN

Mehr Schutz gegen Internet-Abzocke

Kürzlich präsentierte der Internet-Ombudsmann, eine unabhängige Schlichtungs- und Beratungsstelle, den Beschwerdebericht 2008 über Probleme beim Onlineshopping.

HINTERGRUND

Forderungen

- ▶ Verbesserung der Transparenz bei Vertragsabschluss
- ▶ Verbesserung des derzeit geltenden Rücktrittsrechts durch ein unbefristetes Rücktrittsrecht, wenn den Informationsverpflichtungen zu Preis und Rücktrittsmöglichkeiten nicht entsprochen wird
- ▶ Diskussion über Gewinnabschöpfungsanspruch im Zusammenhang mit UWG-Klagen (Unlauterer Wettbewerb)

Erschreckend dabei ist, dass die Anzahl der Beschwerden bei Vergleich des ersten Quartals 2008 und 2009 um 61 Prozent angestiegen ist. Projektleiter des Internet-Ombudsmanns, Bernhard Jungwirth, erläuterte, dass die häufigsten Probleme mit Auktionshäusern und beim Vertragsrücktrittsrecht auftreten. Konsumentenschutzminister Rudolf Hundstorfer fordert daher schärfere Bestimmungen auf europäischer Ebene bei Einkäufen im Internet. Schließlich, so der Minister, handle es sich hierbei um grenzüberschreitende Probleme beim Konsumentenschutz. Hundstorfer will auch die informative und präventive Arbeit, insbesondere in Schulen intensivieren, da gerade



Zimmer

Konsumentenschutzminister Rudolf Hundstorfer fordert Maßnahmen auf europäischer Ebene.

Jugendliche leicht zum Opfer der Internetfallen werden. ♦

Sachbuch

So wird Hunger gemacht

Petra Ramsauer zeigt schonungslos, wer vom Weltelend profitiert und wie sich der Welthunger entwickeln wird.

Die „News“-Journalistin Petra Ramsauer zeigt in ihrem kürzlich erschienenen Buch schonungslos auf, wie multinationale Konzerne ihre Geschäfte mit dem Welthunger machen. Seit über einem Jahrzehnt recherchiert die Auslandsreporterin in den Krisengebieten der Erde. In schockierenden Beiträgen berichtet sie über die Hungerkatastrophen in zahlreichen Entwicklungs- und Schwellenländern Afrikas und Asiens. Die momentan vor sich gehenden Preissteigerungen von Grundnahrungs-

mitteln führen zu einer Zuspitzung der Lage. Fast eine Milliarde Menschen leiden unter Hunger.

Auch „Industrienationen“ sind nicht vor einer Verelendung gefeit. Von der Rückkehr des Hungers in Europa bis zu den schwelenden Brotkriegen erfasst die Autorin das neue Elend des 21. Jahrhunderts. Mit fundiertem Hintergrundwissen, wer von der Armut profitiert, zeigt das Buch einen Weg aus der Falle der neoliberalen Globalisierung. ◆

☐ Stk.


Petra Ramsauer:
So wird Hunger gemacht.
Ueberreuter Verlag,
Wien 2009;
206 S., 19,95 €

Roman

Heitere Seiten harter Zeiten

In „Eisenjahre – Heitere Seiten harter Zeiten“ erzählt Chrisanna Burkhardt Anekdoten aus den Fünfzigern.

Chrisanna Burkhardt zeichnet ein humorvolles Stimmungsbild der Fünfzigerjahre mit Rückblenden in die Zwischenkriegszeit in einer österreichischen Provinzstadt. Die Palette reicht von Friseurbesuchen über Kinoabende, bis hin zu Eindrücken von den Besatzungsmächten. Auch das Aufkommen des Fernsehers ist Thema dieses Werkes. Die von eigentümlichen, meist liebenswerten, Charakteren belebte Stadt ist Ausgangspunkt einiger Familiengeschichten, die über Heiteres

und Tragisches im Wandel der Zeiten erzählen. Im Mittelpunkt der Familiengeschichten steht der sympathische Großvater, ein Schmied, der die lokale Wirklichkeit durch seine Lebensweisheit und seinen unerschütterlichen Optimismus prägt. Das Buch ist eine gelungene Hommage an das Österreich der Nachkriegszeit. Vor allem historisch Interessierte und ZeitzeugInnen des Nachkriegs-Österreich werden eine besondere Freude mit Burkhardts Buch haben. ◆

☐ Stk.


Chrisanna Burkhardt:
Eisenjahre – Heitere Seiten harter Zeiten.
Amalthea Verlag,
Wien 2009;
206 S., 19,95 €

Sachbuch

Die helle und die dunkle Seite der Macht

Wie mit Macht Ziele durchgesetzt werden, ohne das Gesicht zu verlieren. Ein Ratgeber von Christine Bauer-Jelinek.

Macht ist für viele Menschen noch immer ein Tabuthema. Obwohl unsere Gesellschaft von ihren Strukturen durchdrungen ist, fällt es oft schwer, offen darüber zu sprechen. Wenn Macht zum Thema wird, dann meist in einem negativen Kontext. Dieses Buch zeigt auch die „hellen Seiten“, wie Gestaltungsmöglichkeiten und -freiheiten auf. Der Praxisanleitung zur Entwicklung von Abwehr- und Durchsetzungsstrategien bietet eine gute Orientierung für einen kul-

tierten Umgang mit Macht. Bauer-Jelinek ist einer der renommiertesten WirtschaftsberaterInnen Österreichs und gilt in Fachkreisen als Expertin für Machtmechanismen sowie für Trends der Gesellschaft. Sie berät EntscheidungsträgerInnen aus Wirtschaft und Politik ebenso wie Arbeitssuchende. Mit dem Buch versucht sie Licht ins Dunkel des unwegsamen Geländes von Macht und dessen verschiedenartigsten Gebilden zu bringen. ◆

☐ Stk.


Christine Bauer-Jelinek:
Die helle und die dunkle Seite der Macht.
ecowin Verlag,
Wien 2009;
227 S., 22 €

Unterschrift:

Adresse:

Name:

In der **Buchhandlung Löwelstraße**

1014 Wien, Löwelstraße 18

Tel: 01/534 27/323 od. 343, Fax: 01/534 27/324, E-Mail: Buchhandlung@spoe.at

Bitte Bestellschein ausfüllen, gewünschte Bücher ankreuzen, abtrennen, einsenden, faxen oder einfach per E-Mail bestellen!



WIEN

Neue Frühjahrskampagne



Vergangene Woche präsentierte die SPÖ Wien ihre neue Frühjahrskampagne „Wir bewegen Wien“.



SPÖ Wien

SPÖ-Wien-Landesparteiensekretär Christian Deutsch

Und der Titel ist Programm: Die Wiener SPÖ ist die Kraft, die Wien gestaltet, Lösungen anbietet und den Menschen Perspektiven gibt. Die SPÖ Wien weiß, welche Themen den Menschen wichtig sind. In der neuen Kampagne präsentiert die SPÖ Wien Antworten und Konzepte – etwa bezüglich Beschäftigung, Bildung, Gestaltung des guten Zusammenlebens

in der Stadt und Kinderbetreuung. „Kurz gesagt: Wir zeigen, was wir tagtäglich tun“, hält SPÖ-Wien-Landesparteiensekretär Christian Deutsch fest. Klargemacht wird aber auch, wer in Wien tatsächlich für die Menschen arbeitet und wer ständig nichts anderes tut, als in den Schmutzkübel zu greifen.

All das hebt die Wiener SPÖ ganz klar von jenen politischen Mitbewerbern ab, die die Stadt seit Jahren schlecht reden – aber keinerlei konstruktive Vorschläge für Wiens Zukunft vorweisen können. Schon bei den vorangegangenen Kampagnen hat sich deutlich gezeigt, dass den Menschen der Dialog ganz besonders wichtig ist. „Deshalb werden wir in gewohnter Weise das Gespräch mit den Wienerinnen und Wienern suchen und im öffentlichen Raum stark präsent sein. Die Botschaft ist



Die neue Kampagne der SPÖ Wien soll zeigen, wer tatsächlich etwas für die Menschen bewegt.

klar: Wir nehmen die Sorgen der Bevölkerung ernst und bieten gleichzeitig unsere Lösungen an“, ist Deutsch überzeugt. Wien ist eine lebenswerte Stadt und es ist in erster Linie dem unermüdlichen Engagement der SPÖ zu verdanken, dass sie als eine der lebenswertesten und kulturell hochkarätigsten Städte Europas gilt. ♦

SALZBURG

Wolfgang Moitzi wieder im BJV-Vorsitzteam



SJ-Verbandsvorsitzender Moitzi ist wieder im Vorsitzteam der Bundesjugendvertretung.

Die Bundesjugendvertretung (BJV), die gesetzlich eingerichtete Interessenvertre-



SJÖ-Chef Wolfgang Moitzi kämpft in der Bundesjugendvertretung für die Interessen junger Menschen.

tung der jungen Menschen in Österreich, hat ein neues Vorsitzteam. Mit dabei im vierköpfigen Team ist zum zweiten Mal in Folge Wolfgang Moitzi, Vorsitzender der Sozialistischen Jugend Österreich (SJÖ). Auch die Aktion Kritischer SchülerInnen (aks) ist mit Andreas Berger erstmals im Vorstand der BJV vertreten.

In den letzten Jahren gelang es der SJÖ die Arbeit in der BJV für junge Menschen entscheidend mitzugestalten. Außerdem forcierte sie die antifaschistische Gedankenarbeit, deren Höhepunkt der jährliche „Jugendgedenkmarsch“ im Zuge der Befreiungsfeiern im ehemaligen KZ Mauthausen ist. SJ-Chef Moitzi freut sich auf die weitere Vorstandsarbeit: „Die BJV hat gesetzlich den Status einer Sozialpartnerin. Diesen



Andreas Berger wird für die AKS das Vorstandsteam der Bundesjugendvertretung stärken.

möchte ich ausbauen, damit junge Menschen verstärkt in politische Entscheidungsprozesse eingebunden werden.“ Gemeinsam mit dem neu gewählten Vorstand vertreten die vier Vorsitzenden der BJV mehr als eine Million junger Menschen und machen sich für ihre Rechte stark. ♦

TIROL

Umweltbewusstes Bauen und Sanieren zahlt sich aus!



SPÖ Tirol



Wohnen ist teuer in Tirol. Aus diesem Grund wird die Wohnbauförderung ein breit zugängliches Förderungsinstrument für die TirolerInnen.

Die Richtlinien in der Wohnbauförderung wurden einem Strategiewechsel unterzogen. „Zusätzlich werden im Rahmen der Sanierungsoffensive des Landes Tirol die Förderung für energiesparende, umweltfreundliche Maßnahmen um fünf Prozent erhöht sowie die Ökobonusförderung verdoppelt“, berichtet der Tiroler SPÖ-Vorsitzende Hannes Gschwentner. Der Schwerpunkt bei der Förderung von Sanierungen und Neubauten wird zukünftig auf einem niedrigen

Energieverbrauch und ökologischer Bauweise liegen.

Die Offensive schafft rund 2.400 Arbeitsplätze, da die kräftigen Förderungen die Bauwirtschaft ankurbeln. Abgedeckt werden Rückzahlungs-Erhöhlungen durch eine Verlängerung der Laufzeit um zwei Jahre. ♦

„Wohnen ist ein Grundbedürfnis. Als Wohnbauförderungreferent ist es mir daher ein großes Anliegen, dass Wohnen auch in Zukunft leistbar bleibt.“

Hannes Gschwentner, Landeshauptmannstellvertreter

Der Tiroler SPÖ-Vorsitzende Hannes Gschwentner

STEIERMARK

Versorgung ganz nahe am Wohnort



Unter Federführung von Gesundheitslandesrat Helmut Hirt wurde der steirische Psychiatrieplan 2009 beschlossen.

„Nun gehört die starke Konzentration der stationären Versorgung in Graz der Vergangenheit an, die Psychiatrie kommt näher zu den PatientInnen in den Regionen“, verkündet Hirt, denn bis 2015 soll der Psychiatrieplan schrittweise umgesetzt werden. Im Vordergrund stehen dabei eine wohnortnahe Versorgung und bessere Vernetzung der FachärztInnen, der psychosozialen Beratungszentren, der Ambulanzen und der Kliniken. Der Startschuss fällt in Hartberg: Dort wird eine regionale Anlaufstelle Menschen mit psychischen Problemen künftig die Anreise nach Graz ersparen und den Zugang zur Behandlung erleichtern. ♦

Gesundheitslandesrat
Helmut Hirt



SPÖ Stmk

PVÖ-FRÜHJAHRSTREFFEN 2009 Der Sonne entgegen



Vor fast 40 Jahren begann der Pensionistenverband Österreichs Urlaubsfahrten zu organisieren.

Heute sind vor allem die einwöchigen „Frühjahrestreffen“ sehr beliebt. Von 15. April bis 26. Mai finden diese heuer in Chalkidiki/Griechenland und Mahdia/Tunesien statt. Vollpension, organisierte Ausflüge vor Ort und als besondere Leistung Betreuung durch österreichische ÄrztInnen garantieren unbeschwerte Urlaubstage. Geborgenheit und Lebensfreude in



Fotolia

der Gruppe sind entscheidende „Wohlfühlfaktoren“ der aktiven PensionistInnen. Das ebenfalls jährlich stattfindende Herbsttreffen führt heuer nach Porec in Kroatien. Alle Informationen auf www.pvoe.at mit dem Highlight „Kurzfilme über alle Treffen“. ♦

Die PVÖ-Reisen sind bei den SeniorInnen besonders beliebt.



Gestärkte Sozialdemokratie in der EU – eine Notwendigkeit

Erwin Lanc plädiert dafür, bei der EU-Wahl sozialdemokratisch zu wählen – besonders vor dem Hintergrund der Wirtschaftskrise.



Nur eine starke Sozialdemokratie garantiert eine effektive Kontrolle der internationalen Finanzmärkte (im Bild: Börse Frankfurt).

Die SPÖ hat in der Vorwoche die KandidatInnen für die Wahlen zum EU-Parlament gewählt. Abgeordnete zum Europäischen Parlament wirken beim Erstellen und beim Vollzug des EU-Budgets mit. Sie können die EU-Kommission wählen und auch abwählen. Sie sind die einzige Lobby der ÖsterreicherInnen in Brüssel. Österreichische SozialdemokratInnen haben verhindert, dass Straßen- und U-Bahnen, Autobuslinien oder Schnellbahnzüge nur

Soeben haben wir die politische Dreigipfelbeziehung – G20, NATO und EU/USA – erlebt. Der Glaube an die Selbstreinigungskraft des Weltfinanzmarktes ist dahin. Sündteure Beschlüsse sind gefasst, um einen Zusammenbruch der Weltwirtschaft zu verhindern.

Viele für das Debakel Verantwortliche haben die Kleider gewechselt: Sie treten jetzt als Bautrupp zur Finanzgebäudesanierung auf. Wer soll ihnen auf die Finger schauen, wenn

„Viele für das Debakel Verantwortliche treten jetzt als Bautrupp zur Finanzgebäudesanierung auf. Wer soll ihnen auf die Finger schauen, wenn nicht die europäischen SozialdemokratInnen?“

mehr dort verkehren können, wo es profitabel ist. Gemeinsam mit den europäischen GemeindevertreterInnen, an deren Spitze Bürgermeister Michael Häupl, wurde das ebenso verhindert wie der privatwirtschaftliche Zugriff auf Wasser.

In der neuen Arbeitsperiode des EU-Parlaments muss der Umbau der EU von der gegenwärtig liberalisierungswütigen Wirtschaftsunion zur sozialen Friedensunion gelingen.

Gegenwärtig tun alle wahlwerbenden Gruppen in Österreich so, als hätten sie schon immer gewusst, dass das unregulierte Finanzsystem in die Krise führen muss. Die Mehrheit der Konservativen und Liberalen in EU-Parlament und EU-Kommission haben aber seit der Zeit Reagans bis zu der Bushs jeden Regulierungsversuch verhindert. Den Beschlüssen von Lissabon für eine europäische Sozialunion sind kaum Taten gefolgt.

nicht die europäischen SozialdemokratInnen? Dafür muss man sie aber wählen!

Wer wird ein zeitgemäßes Abkommen zur Verhinderung neuer Währungsspekulationen, ein „Bretton Woods neu“ vertreten, wer eine Harmonisierung der Wirtschafts- und Steuerpolitik in der EU als Gegengewicht zur Stabilitätspolitik der Europäischen Zentralbank? Wer wird die Rating-Agenturen von denen unabhängig machen, deren Bonität sie beurteilen sollen? In dieser Situation für KandidatInnen zu stimmen, die in Brüssel nicht einmal in eine Fraktion Aufnahme finden, hieße die eigene gute Stimme wegzuerwerfen.

Die Kooperationsbereitschaft der USA unter Präsident Obama eröffnet Möglichkeiten, endlich die Atomabüstungsgespräche wieder aufzunehmen.

SozialdemokratInnen – insbesondere österreichische – soll man aber auch deswegen wählen, weil sie als VertreterInnen eines militärisch neutralen Landes dafür sorgen können, dass die EU nicht zu einem Militärpakt wird, dass sich die NATO von einem Instrument der USA zu einem der UNO entwickelt, dass noch offene Konflikte in Europa endlich gelöst werden. ♦

Erwin Lanc war von 1973–1977 Bundesminister für Verkehr, 1977–1983 Bundesminister für Inneres und 1983–1984 Bundesminister für Auswärtige Angelegenheiten. Er ist zur Zeit für das International Institute for Peace in Wien tätig, dessen Ehrenpräsident er ist.

TERMINKALENDER

Mittwoch, 15. April

femmes-globales „Schlechteres Klima für Frauen“

Sind Frauen und Männer gleich vom Klimawandel betroffen? Tragen Frauen und Männer gleichermaßen zur Verursachung des Klimawandels bei? Überall auf der Welt sind vorrangig Frauen für die Versorgung der Familie und für den Haushalt verantwortlich. In den ärmeren Regionen der Welt sind sie dabei abhängig von natürlichen Ressourcen, deren Verringerung durch den Klimawandel ihr Arbeitsaufkommen erhöht. In den industrialisierten Staaten gibt es deutliche Geschlechterunterschiede beim Energieverbrauch – einem der Hauptverursacher des Klimawandels.

Begrüßung durch Mag. Ulli Sima (Wiener Umweltstadträtin),

Moderation: Petra Bayr, SPÖ Bereichssprecherin für Umwelt und globale Entwicklung im Nationalrat, Diskussion mit: Ulrike Röhr, Leiterin genanet – Leitstelle Gender, Umwelt, Nachhaltigkeit.

Beginn: 19 Uhr,

ega,

Windmühlgasse 26, 1060 Wien

Freitag - Samstag, 17.-18. April

Europa wählen 09 – Wahlkampfseminar



Fotolia

Wie motiviere ich Jugendliche zur EU-Wahl zu gehen?

Unter dem Motto: „Neu! Jung! Wahlberechtigt! Herausforderung: Wählen mit 16“ veranstaltet das Renner-Institut ein Wahlkampfseminar. Das Seminar befasst sich mit der Frage, wie Jugendliche und junge Erwachsene im Wahlkampf gezielt angesprochen und eingebunden werden können. Werthaltungen junger Menschen und ihre Erwartungen an die Politik werden ebenso behandelt wie geeignete Techniken des Straßenwahlkampfes. Weitere Themen des Seminars sind professionelle Zielgruppensprache (Weblogs, SMS-Votings etc.),

jugendgerechtes Aufbereiten von Wahlkampfthemen und Erarbeitung von lokalen Veranstaltungskonzepten. Zusätzlich werden kreative Wahlkampfaktionen aus erfolgreichen aktuellen Jugendkampagnen vorgestellt.

Kosten: Der Teilnahmebetrag und die Kosten für Übernachtung sowie die gemeinsamen Mahlzeiten werden vom Renner-Institut übernommen.

Anmeldung: Christine Eichinger, Renner-Institut unter Tel.: 01/804 65 01/36 oder per e-mail:

eichinger@renner-institut.at

Renner-Institut

Khleslplatz 12, 1120 Wien

Samstag, 18. April

Über Europa reden

Das BürgerInnengespräch des Europäischen Parlaments bietet allen BürgerInnen die Möglichkeit, aktuelle Themen oder persönliche Anliegen im Zusammenhang mit der EU mit VertreterInnen des Europäischen Parlaments zu diskutieren. Es nehmen daran u.a. teil: SPÖ-Spitzenkandidat für die EU-Wahl Hannes Swoboda und Hans-Gert Pöttering, Präsident des Europäischen Parlaments.

Beginn: 17 Uhr,

Wiener Urania,

Dachsaal

Uraniastraße 1, 1010 Wien

Dienstag, 21. April

Buchpräsentation – Russische Umbrüche

Das Bruno Kreisky Forum für internationalen Dialog lädt zur Präsentation des Buches von Botschafter i.R. Friedrich Bauer, der zwischen 1990 und 1995 als Botschafter in Moskau die Auflösung der Sowjetunion miterlebte.

Einleitende Worte werden von Bundeskanzler i.R. Franz Vranitzky gesprochen.

Beginn: 19 Uhr,

Bruno Kreisky Forum

für internationalen Dialog,

Armbrustergasse 15, 1190 Wien

Freitag, 24. April

Europa-Diskussion

„Wie sich die aktuelle Finanzkrise auf Staaten auswirken kann, die nicht der Europäi-

schen Union angehören, sieht man am Beispiel von Island. Die Inselrepublik steht vor dem Bankrott. Man kann über die EU schimpfen, soviel man will. Und natürlich gibt es Schwächen. Aber ich möchte mir nicht ausmalen, was in Österreich los wäre, wären wir nicht Teil der EU“, erklärt der Wiener Bürgermeister Michael Häupl.

Zu diesem Thema findet eine Podiumsdiskussion im Palais Ferstl statt. Diskussions Teilnehmer: Bürgermeister Häupl, Vizebürgermeisterin Renate Brauner, Altbundeskanzler Franz Vranitzky, SPÖ EU-Spitzenkandidat Hannes Swoboda und der Journalist Raimund Löw.

Aufgrund der begrenzten Platzanzahl ist eine Anmeldung unter 01/534 27 299 oder per email an **gilda.semo@spw.at** unbedingt erforderlich.

Beginn: 19 Uhr,

Palais Ferstl

Strauchgasse 4, 1010 Wien

Dienstag, 28. April

Politik und Wirtschaft

Der ehemalige Generaldirektor der Creditanstalt, Finanzminister und Bundeskanzler der Republik Österreich, Franz Vranitzky, spricht über die Verantwortung und die Aufgaben der Politik für das Wirtschaftsgeschehen. Die Veranstaltung findet im Kaffeeuseum Wien statt.

Nähere Informationen: Edmund Mayr unter Tel.: 0676/4068728 oder unter der email:

info@kaffeeuseum.at

Beginn: 19 Uhr,

Österreichisches Gesellschafts- und Wirtschaftsmuseum

Vogelsanggasse 36, 1050 Wien

IMPRESSUM

Medieninhaber und Herausgeber:

SPÖ, 1014 Wien, Löwelstraße 18

Chefin v. Dienst: Mag^a. Ute Pichler

Redaktion: Markus Bacher, Mag. Gerald Demmel, Daniela Fazekas, Alexander Lutz, Martin Oppenauer, Susanne Vockenhuber, Fabian Max Wallner, Sabine Weinberger

Layout: Thomas Lehmann, Bildredaktion:

Emil Goldberg, Coverfoto: SPÖ

Bildbearbeitung: Max Stohanzl,

Sekretariat: Michaela Pavelka,

Tel.: 01/534 27/275, Verlag der SPÖ GmbH.,

1014 Wien, Löwelstraße 18

Hersteller: LeykamDruck, Wr. Neustadt

E-Mail: **spoe.aktuell@spoe.at**

Homepage: **www.spoe.at**



BKA

Faymann trifft Obama

Am Rande des Prager US-EU-Gipfels trafen sich Bundeskanzler Werner Faymann und US-Präsident Barack Obama. Es gab sowohl Einendes, wie den Ruf nach einer neuen Finanzordnung, mehr Klimaschutz und atomarer Abrüstung, als auch Trennendes, etwa hinsichtlich des türkischen EU-Beitritts oder der Aufnahme von Guantanamo-Gefangenen.



Alles Fahrrad am Wiener Rathausplatz

Der Wiener Planungs- und Verkehrsstadtrat Rudolf Schicker eröffnete das ARGUS Bike-Festival am Rathausplatz und damit auch die Rad- und Mountainbike-Saison. Das Radfahren boomt derzeit in Wien, was die Stadt durch den Ausbau und die Sanierung des Radwegenetzes voll unterstützt.

Hundstorfer in Siemens-Lehrwerkstätte

Siemens Generaldirektorin Brigitte Ederer empfing Sozialminister Rudolf Hundstorfer in den Lehrwerkstätten von Siemens Österreich. Erneut bekräftigte dieser, dass sein Hauptaugenmerk auf einer Beschäftigungsoffensive für Jugendliche liegt.



Siemens/BMSK